



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Landeskriminalamt

bürgerorientiert • professionell • rechtsstaatlich



Finanzermittlungen Lagebild für NRW 2014

Kriminalitätsentwicklung im Überblick





Finanzermittlungen

Verdachtsmeldungen

- > Im Jahr 2014 ist mit 5 157 Verdachtsmeldungen erneut ein Höchststand zu verzeichnen.
- > Kreditinstitute übersendeten auch 2014 die meisten Verdachtsmeldungen.

Vermögenssicherung

- > Die durch die Polizei NRW gesicherte Summe an Vermögenswerten erreichte im Jahr 2014 mit ca. 52 Mio. € den höchsten Wert seit 2004.
- > Die Zahl der Verfahren mit Sicherung von Vermögenswerten blieb mit 823 auf Vorjahresniveau (825)

	2013	2014	Veränderung in %	
Geldwäschebekämpfung Verdachtsmeldungen	3.887	5.157	+ 32,7 %	
Geldwäschebekämpfung erkannte Straftaten	1.877	2.787	+ 48,5 %	
Vermögenssicherung Sicherungsergebnis aller Polizeibehörden (Angabe in Mio. €)	42,3	52,0	+ 22,9 %	
Vermögenssicherung Verfahren mit Sicherungsmaßnahmen	825	823	+/- 0 %	

Inhalt

1	Lagedarstellung	6
1.1	Vorbemerkungen	6
1.2	Verdachtsmeldungen	7
1.3	Vermögenssicherung	10
2	Entwicklungen	12
2.1	Verdachtsmeldungen	12
2.1.1	Finanzsektor	12
2.1.2	Nichtfinanzsektor	12
2.2	Vermögenssicherung	13
3	Gesetzesnovellierungen	14
3.1	Anpassung der Geldwäschestravnorm (§ 261 StGB)	14
3.2	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten	14
4	Anlagen	15
4.1	Anlage Tabellen Verdachtsmeldungen	15
4.2	Anlage Tabellen Vermögenssicherung	19
5	Sachverhaltsschilderungen	25
5.1	Verdacht der Geldwäsche	25
5.2	Verdacht der Geldwäsche/Finanzagent	25
5.3	Verdacht des Betruges	26
5.3.1	Verdacht des Betruges/Gewinnversprechen	26
5.3.2	Schwindel mit Goldanlagen	26
5.3.3	Rezeptfälschung zur Vorlage bei der Beihilfestelle mit Betrugsabsicht	26
5.3.4	Lottotippgemeinschaft	27
5.3.5	Abrechnungsbetrug durch Pflegedienstunternehmen	27
5.3.6	Provisionsbetrug im Bereich der Versicherungswirtschaft	28
5.4	Vermögenssicherung in großem Umfang in Ordnungswidrigkeitenverfahren	28

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 01	
Aufkommen der Verdachtsmeldungen	7
Abbildung 02	
Anzahl der abgeschlossenen Vorgänge	8
Abbildung 03	
Meldeaufkommen im Bereich der Kreditwirtschaft	9
Abbildung 04	
Sicherungssummen und Anzahl der Verfahren der Polizei NRW	10
Abbildung 05	
Sicherungssummen nach Art der Vermögenswerte	11

Tabellenverzeichnis

Tabelle 01	
Eingangszahlen Verdachtsmeldungen	15
Tabelle 02	
Anzahl der bearbeiteten Verdachtsmeldungen	15
Tabelle 03	
Ermittlungsergebnisse	16
Tabelle 04	
Erstatter von Verdachtsmeldungen	17
Tabelle 05	
Meldeverhalten der anderen Verpflichteten gemäß Tabelle 04	18
Tabelle 06	
Sicherungssummen der Polizei NRW	19
Tabelle 07	
Sicherungssummen der Polizeipräsidien	20
Tabelle 08	
Sicherungssummen der Landratsbehörden	21
Tabelle 09	
Sicherungssummen nach Deliktsbereichen/Verwaltungsrecht	22
Tabelle 10	
Sicherungssummen nach Sicherungszweck	23
Tabelle 11	
Sicherungssummen nach Art der Vermögenswerte	23
Tabelle 12	
Sonderfälle	24

1 Lagedarstellung

1.1 Vorbemerkungen

Das vorliegende Lagebild bietet Kerninformationen zum Stand und zur Entwicklung der Finanzermittlungen in Nordrhein-Westfalen. Es wird dabei zwischen den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen und der Vermögenssicherung als Teilbereich der verfahrensintegrierten Finanzermittlungen differenziert.

Verfahrensunabhängige Finanzermittlungen dienen der Erforschung von verdachtsbegründenden Sachverhalten, die sich zum Beispiel aus Finanztransaktionen oder auffälligem Finanzgebaren ergeben, ohne dass bereits eine Straftat erkennbar zugeordnet werden kann.¹ Dies geschieht im Zusammenspiel der Ermittlungsbehörden mit den Verpflichteten im Sinne des Geldwäschegesetzes (GwG).² Ergänzend besteht eine Meldepflicht für Behörden der Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder.³

Mit der Novellierung des Geldwäschegesetzes vom 29. Dezember 2011 hat der Gesetzgeber durch den Wechsel des Begriffs „Verdachtsanzeige“ zu „Verdachtsmeldung“ verdeutlicht, dass die Schwelle, eine Verdachtsmeldung zu erstatten, unterhalb eines strafprozessualen Anfangsverdachts im Sinne des § 152 Strafprozessordnung (StPO) liegt. Diese Verdachtsmeldungen haben Hinweischarakter, aus dem sich erst durch ergänzende polizeiliche Bewertungen ein Tatverdacht zur Einleitung eines Strafverfahrens begründen kann. Daher erfüllen Verdachtsmeldungen grundsätzlich nicht die Erfassungskriterien der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für Geldwäscheverfahren. Dies erklärt die Differenz zwischen den Zahlen der PKS und denen des vorliegenden Lagebildes. Die Verhinderung und Aufklärung von Geldwäsche erfolgt neben den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen auch durch verfahrensintegrierte Finanzermittlungen. Diese dienen als Bestandteil laufender Ermittlungs- oder Verwaltungsverfahren der

Aufspürung, Zuordnung und Abschöpfung krimineller Gewinne, insbesondere durch die

- > Feststellung und Aufklärung von Tatmotiven, Strukturen und Beziehungen verdächtiger Organisationen und Einzelpersonen durch Erforschung der Geldflüsse, der Finanzbeziehungen oder der Herkunft verdächtigen Vermögens
- > Ermittlung aller wesentlichen Umstände, die bedeutsam sind, um Anordnungen zur Vermögensabschöpfung treffen zu können
- > Anregung und Durchführung von strafprozessualen Sicherungsmaßnahmen zur Vermögensabschöpfung
- > Ermittlung der Umstände, die Opfern als Grundlage für eine Schadenswiedergutmachung dienen können
- > polizeirechtliche Sicherstellung von beweglichen Vermögenswerten zur Gefahrenabwehr⁴

Die in diesem Lagebild dargestellten Ergebnisse zu den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen basieren auf der Auswertung der Verdachtsmeldungen, die beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) eingegangen sind. Die Daten zu den verfahrensintegrierten Finanzermittlungen resultieren aus den Vermögenswerten, welche durch die Polizeibehörden NRW gesichert werden konnten. Die Klammerwerte im Text sind, sofern nicht anders angegeben, die Vergleichswerte des Vorjahres.

1. Vgl. Richtlinie über polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Finanzermittlungen zur Abschöpfung kriminell erlangten Vermögens und zur Bekämpfung der Geldwäsche sowie zur Aufklärung anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung (Finanzermittlungsrichtlinien – FERL). Gem. RdErl. d. Innenministeriums - 42.2 - 6537, d. Finanzministeriums – S -0750 -10-VA 1 u. d. Justizministeriums – 4000 – III A. 155, v. 06.03.2002.

2. Vgl. § 2 Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG).

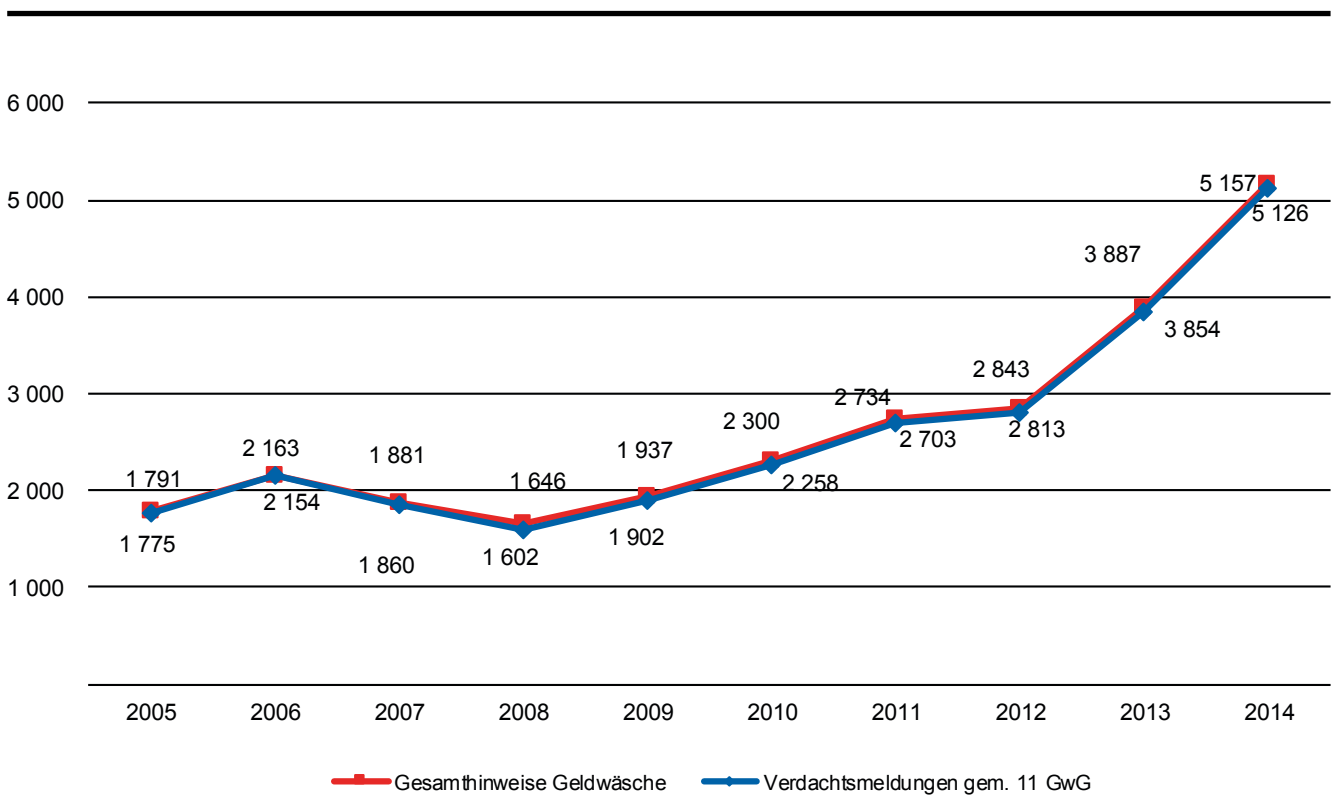
3. Vgl. § 31b Abgabenordnung (AO) und § 12a Zollverwaltungsgesetz (ZollVG).

4. Vgl. Fußnote 1.

1.2 Verdachtsmeldungen

Im Jahr 2014 erfasste das LKA NRW insgesamt 5 157 Verdachtsmeldungen (3 887)⁵. Seit 2008 ist eine kontinuierliche Steigerung und in den beiden letzten Jahren eine stark erhöhte Zunahme der Anzahl der Verdachtsmeldungen festzustellen.

Abbildung 01
Aufkommen der Verdachtsmeldungen



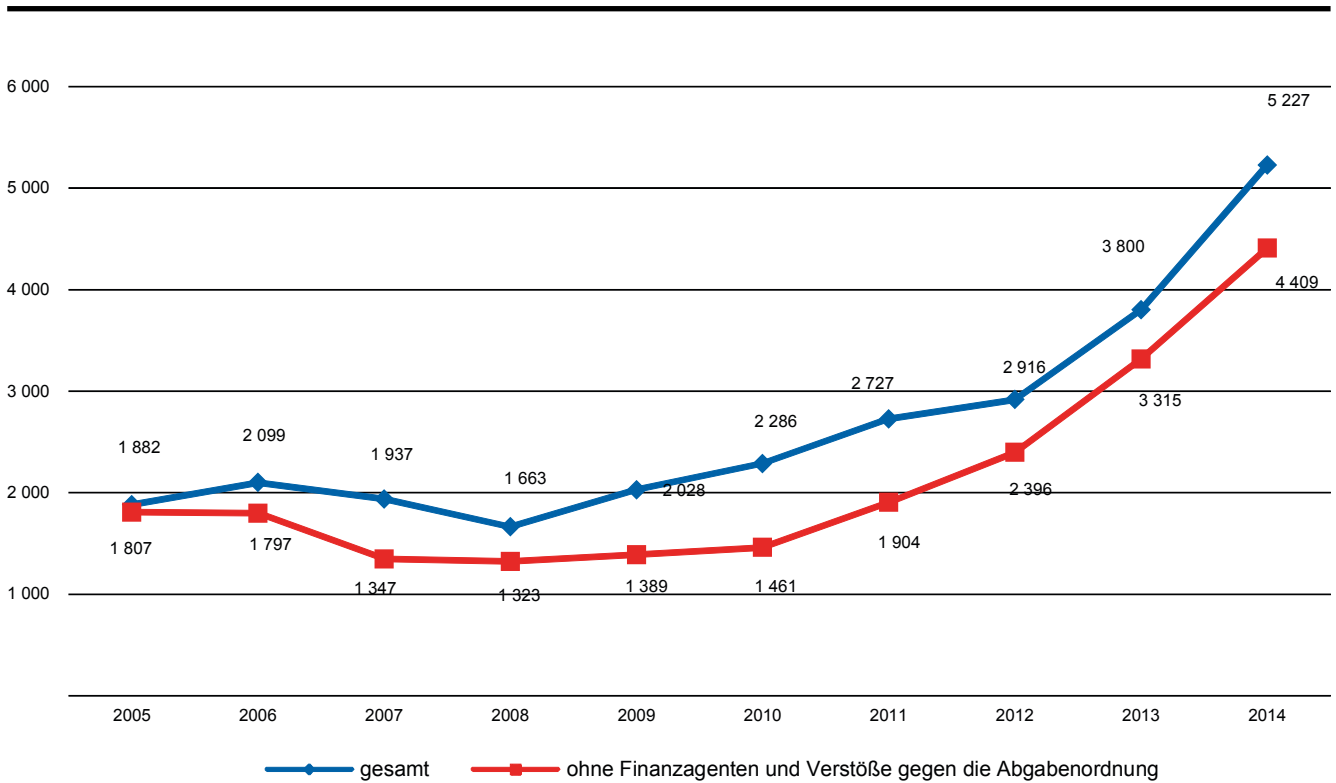
Die Steigerung begründet sich fast ausschließlich aus den 5 126 Verdachtsmeldungen (3 854) der Verpflichteten nach dem GwG. Von den restlichen 31 Verdachtsmeldungen (33) übermittelten die Finanzbehörden der Länder auf Grundlage der Abgabenordnung 21 Meldungen (15). Die Bargeldkontrollen der Zollbehörden führten zu 9 Verdachtsmeldungen (14)⁶. Eine Verdachtsmeldung wurde von einer Privatperson übersandt (0).

Nicht jede Verdachtsmeldung kann im Meldejahr abschließend bearbeitet werden. Ergänzt um solche Sachverhalte aus dem Jahr 2013, bearbeiteten die Finanzermittler des LKA NRW im abgelaufenen Jahr 5 360 Verdachtsmeldungen (4 003) und übersandten in 5 227 Fällen (3 800) einen Abschlussbericht an die zuständige Staatsanwaltschaft.

5. Klammerwert bezieht sich auf den Vorjahreswert.

6. Dargestellt sind nur die Bargeldkontrollen, bei denen ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen des Geldwäscheverdachts eingeleitet wurde.

Abbildung 02
Anzahl der abgeschlossenen Vorgänge



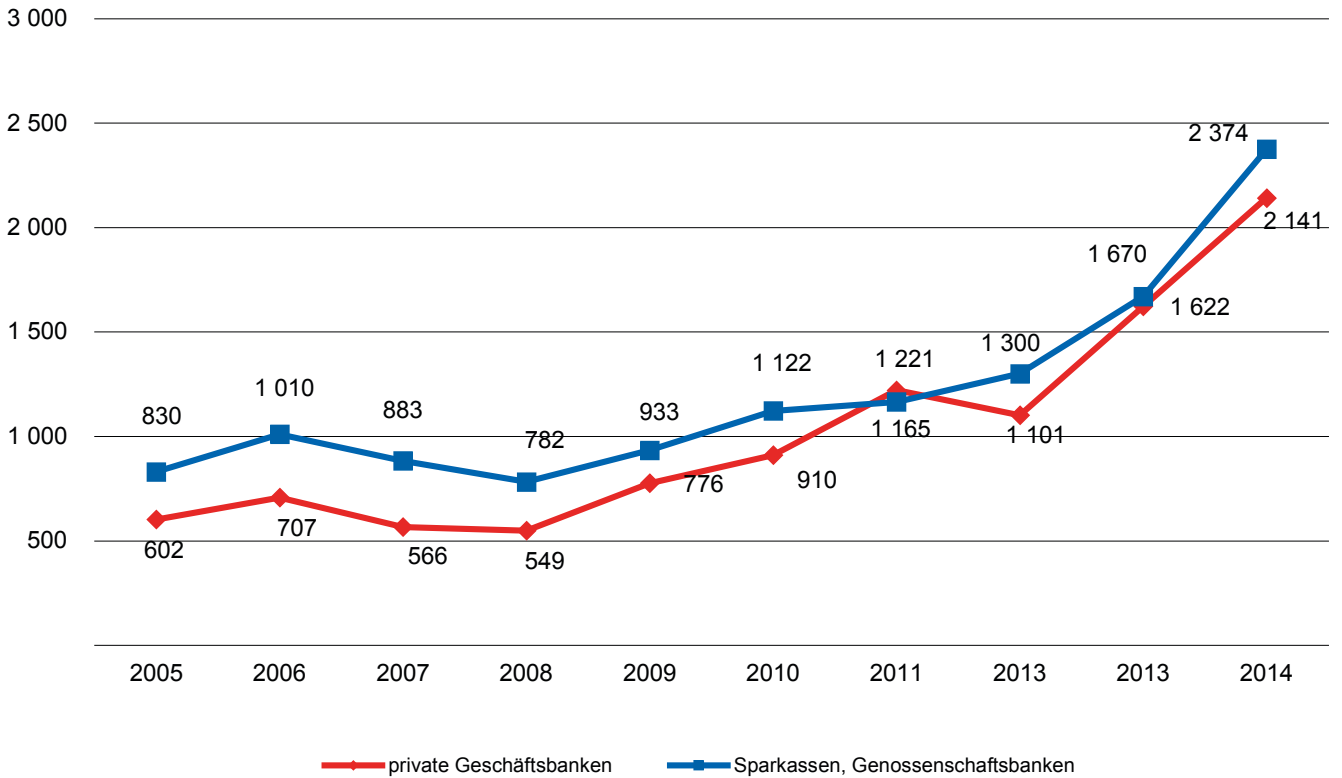
Bei 2 787 Verdachtsmeldungen (1 877) stellten die Ermittler den Anfangsverdacht einer Straftat fest. Dies entspricht einem Anteil von 53,3 % (49,4 %). In 1 412 Fällen (918) ergab sich der Verdacht einer Betrugstat, in 533 Fällen (579) der Verdacht einer Geldwäschebehandlung.

Von diesen Geldwäschebehandlungen wiesen 392 (488) Bezüge zu einer Finanzagententätigkeit auf, 426 Fälle (100) beruhten auf Verdachtsmeldungen, die steuerliche Hintergründe vermuten ließen. Dieser starke Anstieg ist auf Verdachtsmeldungen zurückzuführen, die auf Hinweisen der BaFin zum Umgang mit steuerlichen Selbstanzeigen basieren.⁷

7. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Rundschreiben vom 05.03.2014, 01/2014 (GW).

Abbildung 03

Meldeaufkommen im Bereich der Kreditwirtschaft



Das GwG unterteilt den Kreis der Verpflichteten nach der Art des Geschäftsfeldes oder Berufes in 13 Bereiche.⁸ Kreditinstitute erstatteten 88,9 % aller Verdachtsmeldungen (85,4 %) im Jahr 2014, Finanzdienstleistungsinstitute 8,7 % (10,9 %).

Im Bereich der Kreditinstitute übermittelten Sparkassen und Genossenschaftsbanken 2 374 (1 670) und private Geschäftsbanken 2 141 (1 622) Verdachtsmeldungen.

8. § 2 Abs. 1 GwG.

1.3 Vermögenssicherung

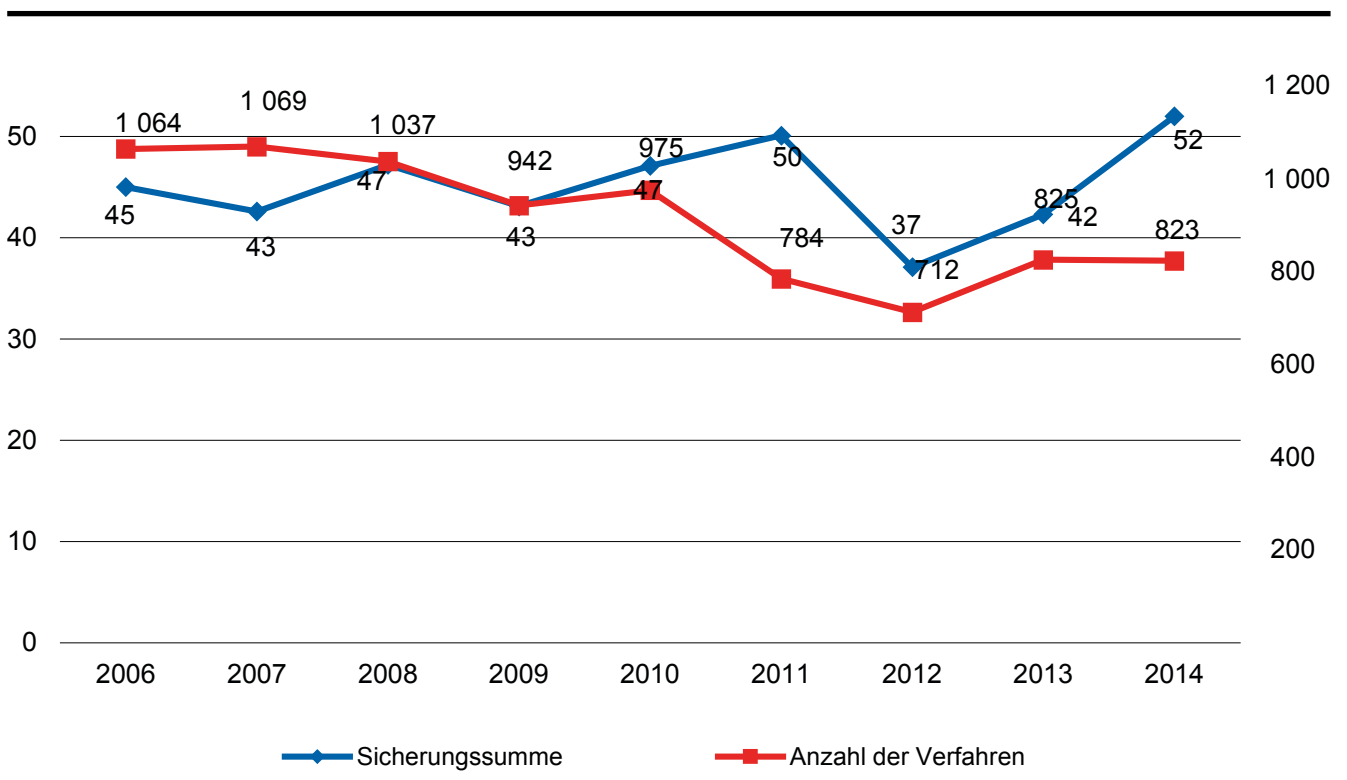
Die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sicherten im Jahr 2014 52 Mio. € (42,3 Mio. €). Die Sicherungen erfolgten in 823 Verfahren (825).

Die Gesamtsummen setzen sich aus den Ergebnissen der Polizeipräsidien mit 38,7 Mio. € bei 555 Verfahren (21 Mio. €, 492 Verfahren), der Landratsbehörden mit 3,7 Mio. € bei 250 Verfahren (4,8 Mio. €, 289 Verfahren) sowie des LKA NRW mit 9,6 Mio. € bei 18 Verfahren (16,5 Mio. €, 44 Verfahren) zusammen.

Unterteilt nach der Art des Sicherungszwecks entfielen 35,6 Mio. € (32,7 Mio. €) auf die Rückgewinnungshilfe, 18,9 Mio. € (9,3 Mio. €) auf den Bereich Verfall/Einziehung sowie 0,5 Mio. € (0,3 Mio. €) auf Sicherstellungen nach dem Polizeigesetz NRW (PoIG NRW).

Abbildung 04

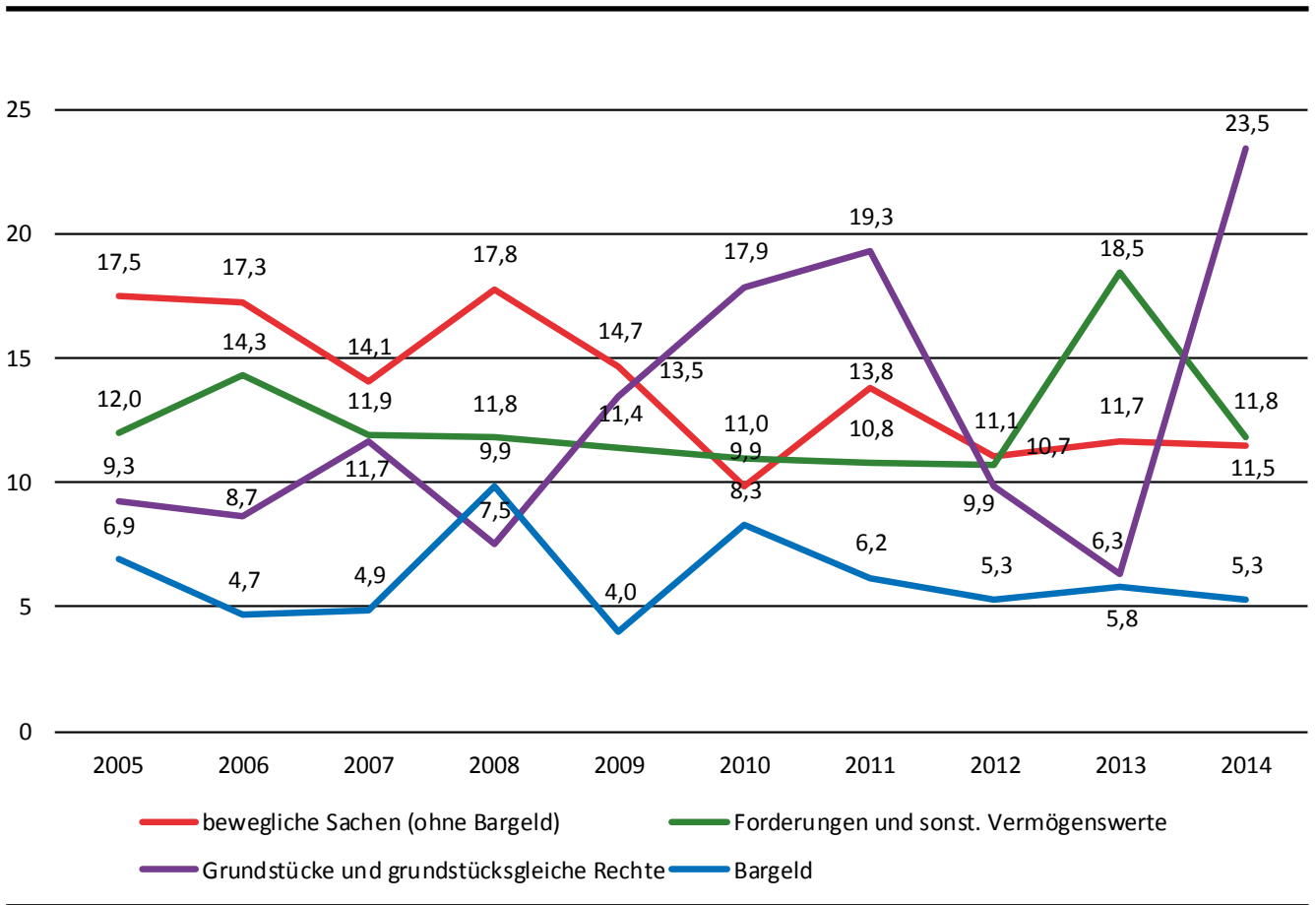
Sicherungssummen (in Mio. €) und Anzahl der Verfahren der Polizei NRW (ohne Sonderfälle)



Eine weitere Unterscheidung betrifft die Art der gesicherten Vermögenswerte. Die Finanzermittler sicherten im abgelaufenen Jahr bewegliche Sachen im Wert von 11,5 Mio. € (11,7 Mio. €), Forderungen und sonstige Vermögensrechte im Wert von 18,5 Mio. € (18,5 Mio. €), Grundstücke und Immobilien im Wert von 23,5 Mio. € (6,3 Mio. €) sowie Bargeld in Höhe von 5,3 Mio. € (5,8 Mio. €).

Seit dem Jahr 2007 erfasst die Statistik im Hinblick auf Vermögenssicherungen sogenannte Sonderfälle. Hierbei handelt es sich um Sachverhalte, in denen die Finanzermittler der Polizei NRW Vermögensermittlungen durchführten, eine Vermögenssicherung jedoch durch Dritte (z. B. Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung) erfolgte. Im Jahr 2014 sicherten diese 1,7 Mio. € in 13 Verfahren (14,5 Mio. €, zehn Verfahren) auf der Grundlage polizeilicher Feststellungen.

Abbildung 05
Sicherungssummen (in Mio. €) nach Art der Vermögenswerte



2 Entwicklungen

2.1 Verdachtsmeldungen

Von 2008 bis 2011 stieg die Anzahl der Verdachtsmeldungen jährlich um circa 20 %. Nach einem kurzen Abflachen dieser Steigerungsrate im Jahr 2012 (4 %) verzeichnete das LKA NRW im Jahr 2013 einen Anstieg um 37 % und im Jahr 2014 um 32,7 %.

Vor dem Hintergrund des andauernden Anstiegs der Zahl von Verdachtsmeldungen hat das LKA NRW in Abstimmung mit den Generalstaatsanwaltschaften NRW die Geschäftsprozesse für die Bearbeitung von Geldwäscheverdachtsmeldungen angepasst.⁹

2.1.1 Finanzsektor

Ursächlich für die starken Zuwachsraten ist das Meldeverhalten im Bereich des Finanzsektors. Dafür sind in erster Linie zwei eng miteinander verknüpfte Aspekte ausschlaggebend. Zum einen verdeutlichte der Gesetzgeber im November 2011, dass die Verdachtsschwelle zur Verpflichtung der Erstattung einer Verdachtsmeldung unterhalb eines strafprozessualen Anfangsverdachtses liegt.¹⁰ Zum anderen veröffentlichte das Bundesministerium der Finanzen (BMF) neue Auslegungs- und Anwendungshinweise zur Handhabung des Geldwäscheverdachtsmeldewesens (§ 11 GwG).¹¹ Diese weisen darauf hin, dass der Gesetzgeber mit dem Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention niedrige Voraussetzungen an die Pflicht zur Erstattung einer Geldwäscheverdachtsmeldung knüpft. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erhöhte zudem den Kontrolldruck auf die Kreditinstitute, ihren Verpflichtungen nach dem GwG und Kreditwesengesetz (KWG) nachzukommen.¹² Die Verpflichteten haben den Sachverhalt unter dem Blickwinkel seiner Ungewöhnlichkeit und Auffälligkeit im jeweiligen geschäftlichen Kontext auf Basis ihrer allgemeinen und beruflichen Erfahrungen zu

würdigen und keine rechtliche Subsumtion im Sinne von § 261 StGB vorzunehmen.

Die BaFin informierte die Verpflichteten in Bezug auf die Unverzüglichkeit der Übermittlung von Verdachtsmeldungen sowie die Notwendigkeit einer Meldung bei Kenntnis einer steuerlichen Selbstanzeige durch den Vertragspartner.¹³ Dies führte zu 426 (100) Verdachtsmeldungen durch den Finanzsektor.

2.1.2 Nichtfinanzsektor

Die Überwachung der Aufsichtspflichten für Unternehmen im Nichtfinanzsektor obliegt den Bundesländern. Zu diesen Überwachungsaufgaben zählt zum Beispiel die Prüfung, ob Vorgaben des GwG (z. B. Identitätsfeststellung des Vertragspartners, die Einholung von Informationen zum wirtschaftlich Berechtigten sowie die Überwachung der Geschäftsbeziehung) durch den Verpflichteten eingehalten werden.

In Nordrhein-Westfalen (NRW) sind mit Änderung der Gewerberechtsverordnung (GewRV) die Bezirksregierungen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich für die Aufsicht über Teilbereiche des Nichtfinanzsektors verantwortlich.¹⁴

9. Dienstbesprechung der GFG im LKA NRW mit den OK-Koordinatoren der Generalstaatsanwaltschaften in NRW.

10. Vgl. 1.1 Vorbemerkungen dieses Lagebildes.

11. BMF, Auslegungshinweise zur Handhabung des Verdachtsmeldewesens (§ 11 GwG), Az. WK 5023/10/10011

12. Vgl. §§ 25g ff. Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG).

13. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Rundschreiben 01/2014 (GW) vom 05.03.2014.

14. vgl. § 16 Abs. 2 Nr. 9 GwG i. V. m. § 8 Abs. 3 des Landesorganisationsgesetzes NW (LOG) i. V. m. § 2 Abs. 1 Gewerberechtsverordnung NRW (GewRV).

Hierzu zählen:

- > Güterhändler (Personen, die gewerblich mit Gütern handeln),
- > Finanzunternehmen im Sinne des § 1 Abs. 3 des Kreditwesengesetzes,
- > Versicherungsvermittler (soweit sie Lebensversicherungen oder Dienstleistungen mit Anlagezweck vermitteln), mit Ausnahme der gemäß § 34d Abs. 3 oder Abs. 4 der Gewerbeordnung tätigen Versicherungsvermittler,
- > Rechtsdienstleister (nicht verkammerte Rechtsbeistände und registrierte Personen gem. § 10 des Rechtsdienstleistungsgesetzes, wenn sie für Mandanten bestimmte Geschäfte planen und durchführen),
- > Dienstleister für Gesellschaften und Treuhandvermögen oder Treuhänder, wenn sie bestimmte Dienstleistungen erbringen (z. B. Vorratsgesellschaften anbieten) und
- > Immobilienmakler.

Das LKA NRW unterstützt die Bezirksregierungen bei der Vermittlung geldwäscherelevanter Themen in Fortbildungsmaßnahmen.

2.2 Vermögenssicherung

Die Sicherungssummen der Polizeibehörden lagen 2014 bei 52 Mio. € (42,3 Mio. €). Gleichzeitig ist die Anzahl der 823 (825) Verfahren mit Sicherungsmaßnahmen auf dem Niveau des Vorjahres geblieben.

Die höchste Sicherungssumme in einem Strafverfahren wegen fortgesetzter Umweltdelikte und Betrugs handlungen erzielte das PP Bochum. In der EK Merkur sicherten die Ermittler bei Verantwortlichen einer international agierenden Firma Vermögen in Höhe von ca. 12,4 Mio. €.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW) hat das LKA NRW beauftragt, in einer landesweiten Arbeitsgruppe (LAG) Organisation, Prozesse und Personalbedarf zur Durchführung polizeilicher Finanzermittlungen der Kreispolizeibehörden zu erheben, zu bewerten und Optimierungsmöglichkeiten vorzuschlagen.

3 Gesetzesnovellierungen

3.1 Anpassung der Geldwäschestrafnorm (§ 261 StGB)

Die Bundesregierung beabsichtigt, den Kampf gegen Finanzbetrug, Geldwäsche, Steuerhinterziehung sowie gegen die Terrorismusfinanzierung zu intensivieren und die Zusammenarbeit mit allen zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden weiter zu entwickeln. Sie hat angekündigt, die Strafnorm der Geldwäsche den Standards der Financial Action Task Force (FATF) anzupassen.

Im Hinblick auf die sog. Selbstgeldwäsche ist vorgesehen, zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen, der entsprechend den Empfehlungen der FATF eine Bestrafung des Vortäters ermöglicht und zugleich das

verfassungsrechtliche Verbot einer Doppelbestrafung desselben Unrechts achtet. Bisher scheidet eine Verurteilung des Vortäters wegen Geldwäsche aus.¹⁵

3.2 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten

Mit dem Gesetzentwurf soll zum einen die Resolution 2178 („Foreign Terrorist Fighters“) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 24. September 2014 umgesetzt werden.

Die Resolution enthält strafrechtliche Regelungen, nach denen u. a. das Reisen und der Versuch des Reisens in terroristischer Absicht, die Finanzierung derartiger Reisen sowie die vorsätzliche Organisation

oder sonstige Erleichterung derartiger Reisen unter Strafe zu stellen sind.¹⁶ Gegebenenfalls ergeben sich neue Ansätze für vermögensabschöpfende Maßnahmen im Bereich der Terrorismusbekämpfung.

15. § 261 Absatz 9 Satz 2 StGB; siehe auch Drucksache 18/2888, Nr. 7, des Deutschen Bundestages.

16. Quelle: Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (http://www.bmju.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/Gesetze/RegE_GVVG_AendG.pdf?__blob=publicationFile) abgerufen am 27.03.2015.

4 Anlagen

4.1 Anlage Tabellen Verdachtsmeldungen

Tabelle 01
Eingangszahlen Verdachtsmeldungen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Verdachtsmeldungen gem. § 11 GwG	1 775	2 154	1 860	1 602	1 902	2 258	2 703	2 813	3 854	5 126
Verdachtsmeldungen gem. § 31b AO	2	1	14	31	20	28	18	19	15	21
Bargeldkontrollen gem. § 12a ZollIVG	12	7	7	7	8	12	10	5	14	9
sonstige Geldwäschehinweise	2	1	-	6	7	2	3	6	4	1
Gesamt	1 791	2 163	1 881	1 646	1 937	2 300	2 734	2 843	3 887	5 157

Dargestellt sind nur die Bargeldkontrollen, bei denen ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen Geldwäscheverdachts eingeleitet wurde

Tabelle 02
Anzahl der bearbeiteten Verdachtsmeldungen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gesamthinweise Geldwäsche	1 791	2 163	1 881	1 646	1 937	2 300	2 734	2 843	3 887	5 157
Überhang aus dem Vorjahr	359	268	332	276	259	168	182	189	116	203
bearbeitete Gesamthinweise	2 150	2 431	2 213	1 922	2 196	2 468	2 916	3 032	4 003	5 360
davon:										
nicht abgeschlossen	268	332	276	259	168	182	189	116	203	133
abgeschlossen	1 882	2 099	1 937	1 663	2 028	2 286	2 727	2 916	3 800	5 227

Tabelle 03
Ermittlungsergebnisse

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Verfahren abgeschlossen	1 882	2 099	1 937	1 663	2 028	2 286	2 727	2 916	3 800	5 227
Einstellungsvorschlag an StA	1 386	1 281	848	834	817	756	1 094	1 435	1 923	2 440
Grund:										
kein hinreichender Tatverdacht	1 344	1 234	801	765	763	693	1 056	1 401	1 877	2 298
keine Straftat	42	47	47	69	54	63	38	34	46	142
Verdacht einer Straftat	496	818	1 089	829	1 211	1 530	1 633	1 481	1 877	2 787
Delikt:										
Geldwäsche	31	251	462	204	500	667	719	472	579	533
<i>davon Finanzagenten</i>	16	223	436	170	425	550	631	400	488	392
Betrug	280	352	291	285	367	443	582	648	918	1 412
Verstoß gg. Abgabenordnung	59	79	154	170	214	275	192	120	100	426
Insolvenzdelikt	6	15	17	33	30	20	16	30	39	54
Verstoß gg. BtMG	26	18	34	32	18	18	28	30	36	41
Verstoß gg. Arzneimittelgesetz	x	x	-	3	-	5	5	9	16	15
Urkundenfälschung	31	27	25	21	15	10	17	35	41	24
Untreue	8	9	22	13	11	21	14	21	20	55
unerlaubtes Glücksspiel	2	3	5	4	10	2	2	-	3	3
Diebstahl	6	6	6	4	4	10	7	16	10	18
Hehlerei	11	5	7	9	1	3	4	6	11	4
illegale Beschäftigung	x	x	1	4	3	7	3	5	6	70
Staatsschutzdelikt	5	2	12	4	5	6	8	14	8	35
sonstige Delikte	31	51	53	43	33	43	36	75	90	97

x = Wert wurde nicht erhoben; - = aus diesem Bereich lagen keine Taten vor)

Tabelle 04
Erstatter von Verdachtsmeldungen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Verdachtsmeldungen (§ 11 GwG)	1 775	2 154	1 860	1 602	1 902	2 258	2 703	2 813	3 854	5 126
Kreditinstitute	1 457	1 745	1 483	1 344	1 723	2 045	2 396	2 419	3 321	4 583
private Geschäftsbanken	602	707	566	549	776	910	1 221	1 101	1 622	2 141
Sparkassen, Girozentralen	680	824	668	601	743	886	923	1 025	1 269	1 845
Genossenschaftsbanken	150	186	215	181	190	236	242	275	401	529
Deutsche Bundesbank	23	27	31	12	14	5	4	4	5	16
sonstige Kreditinstitute	2	1	3	1	-	8	6	14	24	52
Versicherungsunternehmen	12	10	18	12	14	22	32	26	29	32
Versicherungsvermittler	x	x	x	x	x	x	x	x		
Finanzdienstleistungsinstitute	303	392	340	235	152	178	257	333	424	445
Finanzunternehmen	1	4	11	2	-	4	2	8	12	13
Investmentaktiengesellschaft	-	-	1	-	-	-	1	-	-	
Spielbanken	-	2	-	-	1	-	2	5	5	
Behörden (§ 14 GwG)	-	-	-	-	-	-	1	2	2	13
andere Verpflichtete	2	1	7	9	12	9	12	20	61	29
Sonstige	1	-	-	6	5	1	2	4	4	11
sonstige Geldwäschehinweise	16	9	21	44	35	42	31	30	33	31
Privatpersonen	1	1	-	-	2	1	1	2	-	1
Finanzbehörden (§ 31b AO)	2	1	14	31	20	28	18	19	15	21
Bargeldkontrollen (§ 12a ZollVG)	12	7	7	7	8	12	10	5	14	9
Gesamthinweise Geldwäsche	1 791	2 163	1 881	1 646	1 937	2 300	2 734	2 843	3 887	5 157

Tabelle 05

Meldeverhalten der anderen Verpflichteten gemäß Tabelle 04

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Rechtsanwälte	-	-	2	-	4	4	3	2	2	1
Rechtsbeistände	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Notar	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Patentanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsprüfer	-	-	-	1	-	-	-	-	3	2
vereidigter Buchprüfer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Steuerberater	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Steuerbevollmächtigter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Immobilienmakler	-	-	-	2	-	2	-	-	2	1
sonstige Gewerbetreibende	-	-	5	5	4	2	9	18	51	23
Kammer	-	-	-	1	2	1	-	-	3	1
sonstige Person*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Gesamt	2	1	7	9	12	9	12	20	61	29

- = diese Verpflichteten erstatteten keine Meldung

* = sonstige Person, die fremdes Vermögen verwaltet

Die Werte wurden für 2005 und 2006 nicht gesondert ausgewiesen

4.2 Anlage Tabellen Vermögenssicherung

Tabelle 06

Sicherungssummen der Polizei NRW (in Tausend €)
in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Polizeipräsidien	33 269 (736)	26 956 (628)	28 153 (598)	37 919 (606)	30 782 (527)	36 791 (608)	37 890 (466)	27 018 (466)	20 956 (492)	38 724 (555)
Landratsbehörden	9 830 (406)	7 611 (436)	8 977 (471)	5 894 (431)	7 399 (415)	6 175 (367)	7 690 (318)	4 891 (246)	4 795 (289)	3 727 (250)
Zwischensumme	43 100 1 142	34 567 1 064	37 130 1 069	43 812 1 037	38 181 942	42 966 975	45 580 784	31 909 712	25 752 781	42 451 805
LKA NRW	2 587 (3)	10 420 (14)	5 463 (7)	3 354 (8)	5 447 (21)	4 115 (19)	4 472 (15)	5 148 (28)	16 595 (44)	9 565 (18)
Gesamt Land NRW	45 686 1 145	44 987 1 078	42 593 1 076	47 167 1 045	43 628 963	47 081 994	50 053 799	37 057 740	42 346 825	52 016 823
Sonderfälle	x x	x x	25 726 (40)	770 (17)	9 373 (22)	29 591 (18)	1 639 (12)	1 802 (10)	14 475 (10)	1 688 (13)
Land NRW (einschl. Sonderfälle)	45 686 1 145	44 987 1 078	68 319 1 116	47 937 1 062	53 001 985	76 672 1 012	51 692 811	38 859 750	56 821 835	53 704 836

x = Wert wurde nicht erhoben

Tabelle 07

Sicherungssummen der Polizeipräsidien (in Tausend €)
in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Aachen	1 945 (31)	463 (39)	1 157 (32)	5 601 (32)	1 001 (28)	700 (27)	2 728 (30)	516 (39)	757 (35)	620 (36)
Bielefeld	1 379 (14)	848 (11)	702 (10)	930 (24)	673 (19)	1 117 (13)	797 (11)	631 (9)	1 325 (6)	393 (8)
Bochum	1 061 (19)	1 179 (11)	1 271 (16)	1 262 (21)	2 749 (25)	250 (14)	1 624 (11)	227 (12)	115 (21)	12 543 (21)
Bonn	1 153 (60)	2 158 (38)	1 658 (29)	1 169 (38)	2 231 (24)	2 220 (34)	1 108 (29)	1 127 (33)	179 (16)	1 080 (43)
Dortmund	3 258 (70)	1 192 (22)	3 917 (35)	4 606 (25)	2 189 (28)	2 085 (47)	1 050 (18)	1 638 (34)	1 404 (36)	1 134 (44)
Duisburg	1 224 (25)	499 (35)	632 (28)	7 191 (39)	2 319 (35)	457 (28)	816 (28)	1 028 (40)	1 015 (29)	483 (34)
Düsseldorf	3 949 (96)	2 476 (89)	3 612 (113)	546 (57)	1 263 (55)	1 445 (47)	2 377 (36)	396 (16)	2 833 (61)	1 007 (64)
Essen	2 127 (69)	4 963 (106)	2 895 (68)	3 885 (88)	2 016 (65)	16 401 (89)	1 903 (43)	2 946 (38)	3 949 (35)	6 299 (34)
Gelsenkirchen	114 (2)	616 (4)	109 (4)	241 (16)	4 (2)	839 (9)	757 (14)	1 075 (22)	354 (26)	32 (3)
Hagen	337 (14)	170 (16)	255 (22)	2 322 (11)	770 (18)	335 (25)	5 656 (16)	1 889 (16)	313 (24)	895 (25)
Hamm	400 (13)	838 (8)	488 (15)	394 (22)	41 (12)	190 (12)	123 (18)	55 (7)	2 (1)	262 (6)
Köln	6 079 (81)	4 600 (61)	4 288 (49)	4 300 (58)	7 625 (65)	5 336 (81)	10 972 (65)	12 425 (67)	1 781 (76)	2 133 (63)
Krefeld	1 460 (9)	2 343 (13)	672 (26)	122 (24)	550 (14)	431 (12)	784 (15)	365 (10)	100 (4)	7 873 (4)
Mönchengladbach	533 (77)	194 (40)	1 111 (43)	338 (35)	654 (34)	526 (44)	726 (24)	170 (12)	817 (26)	567 (29)
Münster	3 226 (30)	3 254 (30)	1 471 (35)	3 650 (36)	1 029 (16)	2 113 (24)	2 559 (32)	969 (26)	2 202 (21)	1 627 (29)
Oberhausen	166 (12)	423 (47)	149 (27)	410 (26)	1 795 (23)	208 (19)	248 (16)	45 (18)	193 (19)	128 (13)
Recklinghausen	2 804 (33)	972 (36)	760 (22)	718 (39)	2 378 (27)	549 (28)	2 140 (26)	657 (22)	2 786 (21)	710 (33)
Wuppertal	2 056 (81)	1 095 (58)	3 007 (24)	232 (15)	1 494 (37)	1 590 (55)	1 523 (34)	857 (45)	831 (35)	938 (66)
Gesamt	33 269 (736)	28 285 (664)	28 153 (598)	37 919 (606)	30 782 (527)	36 791 (608)	37 890 (466)	27 018 (466)	20 956 (492)	38 724 (555)

Tabelle 08

Sicherungssummen der Landratsbehörden (in Tausend €)
in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Borken	612 (28)	297 (26)	628 (68)	355 (52)	383 (48)	355 (46)	567 (42)	367 (33)	661 (36)	136 (23)
Coesfeld	522 (27)	174 (29)	335 (31)	738 (31)	332 (33)	282 (30)	862 (30)	188 (19)	181 (14)	423 (7)
Düren	198 (6)	21 (8)	137 (12)	8 (7)	117 (12)	61 (13)	51 (13)	113 (18)	152 (23)	83 (13)
Ennepe-Ruhr	45 (8)	12 (4)	429 (11)	33 (8)	166 (12)	6 (4)	133 (3)	31 (2)	-	-
Euskirchen	1 (1)	173 (8)	37 (3)	107 (9)	107 (7)	144 (2)	41 (4)	17 (1)	300 (1)	54 (5)
Gütersloh	462 (6)	39 (3)	47 (5)	186 (10)	83 (1)	-	-	167 (7)	82 (12)	113 (8)
Heinsberg	539 (31)	368 (23)	-	234 (28)	1 447 (38)	313 (18)	307 (18)	190 (8)	134 (18)	72 (8)
Herford	241 (27)	15 (16)	49 (14)	86 (17)	48 (11)	4 (4)	25 (12)	58 (15)	161 (5)	103 (7)
Hochsauerlandkreis	225 (27)	34 (10)	4 (5)	97 (7)	115 (6)	103 (4)	336 (3)	135 (1)	-	-
Höxter	5 (2)	1 (1)	169 (4)	-	-	-	-	12 (1)	12 (2)	48 (9)
Kleve	940 (6)	448 (23)	624 (13)	342 (8)	156 (5)	132 (6)	173 (8)	182 (7)	280 (10)	238 (4)
Lippe	98 (6)	100 (7)	479 (10)	238 (8)	4 (2)	25 (6)	88 (7)	195 (5)	130 (7)	39 (4)
Märkischer Kreis	658 (10)	101 (13)	209 (19)	248 (9)	502 (13)	234 (19)	132 (15)	86 (10)	61 (6)	110 (10)
Mettmann	99 (7)	82 (13)	216 (7)	103 (11)	35 (11)	692 (12)	362 (5)	281 (11)	239 (16)	332 (11)
Minden-Lübbecke	131 (6)	52 (5)	289 (14)	171 (16)	66 (12)	190 (15)	243 (14)	126 (14)	247 (14)	22 (3)
Oberberg. Kreis	804 (8)	24 (7)	109 (7)	106 (10)	31 (7)	13 (7)	77 (7)	-	-	-
Olpe	295 (5)	66 (2)	-	1 (1)	-	39 (2)	-	-	25 (1)	-
Paderborn	122 (12)	94 (18)	299 (22)	296 (22)	107 (21)	365 (20)	643 (17)	51 (10)	122 (9)	178 (12)
Rhein.-Berg. Kreis	56 (5)	-	247 (13)	128 (13)	308 (9)	345 (22)	578 (12)	139 (8)	90 (8)	114 (9)
Rhein-Erft Kreis	251 (21)	1 341 (49)	823 (40)	627 (35)	1 369 (41)	327 (24)	185 (13)	470 (20)	432 (31)	218 (17)
Rhein-Kreis Neuss	519 (39)	894 (30)	536 (29)	184 (32)	87 (28)	850 (21)	65 (24)	37 (16)	70 (19)	36 (22)
Rhein-Sieg Kreis	59 (10)	49 (9)	1 636 (27)	120 (7)	48 (6)	61 (7)	5 (1)	-	1 (1)	35 (4)
Siegen-Wittgenstein	483 (20)	284 (10)	41 (4)	195 (10)	418 (9)	498 (8)	235 (8)	234 (7)	26 (4)	84 (4)
Soest	548 (12)	240 (13)	329 (20)	158 (6)	161 (17)	213 (14)	391 (17)	58 (8)	329 (19)	373 (15)
Steinfurt	851 (19)	470 (9)	51 (9)	133 (16)	130 (16)	335 (12)	632 (15)	406 (12)	347 (10)	355 (14)
Unna	224 (11)	266 (11)	85 (5)	244 (5)	33 (7)	166 (12)	1 319 (5)	204 (6)	208 (10)	130 (9)
Viersen	587 (24)	346 (6)	353 (21)	201 (11)	336 (7)	70 (5)	84 (4)	520 (1)	46 (5)	-
Warendorf	90 (8)	192 (26)	183 (25)	171 (19)	106 (12)	95 (10)	91 (7)	101 (5)	383 (4)	16 (8)
Wesel	163 (14)	100 (21)	637 (33)	382 (23)	705 (24)	257 (24)	65 (14)	520 (1)	77 (4)	416 (24)
Gesamt	9 830 (406)	6 282 (400)	8 977 (471)	5 894 (431)	7 399 (415)	6 175 (367)	7 690 (318)	4 891 (246)	4 795 (289)	3 727 (250)

- = keine Sicherungen/Verfahren

Tabelle 09

Sicherungssummen nach Deliktsbereichen/Verwaltungsrecht (in Tausend €)
in Klammern: Anzahl der Verfahren; bis 2011: Anzahl der Schuldner

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Arzneimittelgesetz	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	49
	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	(4)
Betrug	13 722	12 424	9 298	21 196	16 069	11 424	14 651	11 700	18 605	20 994
	(226)	(180)	(146)	(180)	(180)	(195)	(144)	(130)	(123)	(103)
BtmG	4 222	3 778	4 543	4 460	5 908	4 186	4 308	4 575	2 852	4 201
	(517)	(493)	(494)	(497)	(452)	(431)	(362)	(323)	(340)	(370)
Diebstahl	4 596	6 075	2 857	3 948	6 383	3 632	2 827	2 896	5 546	3 192
	(237)	(261)	(170)	(232)	(210)	(179)	(153)	(122)	(173)	(151)
Erpressung	873	2 766	277	3	119	90	60	258	446	1 039
	(12)	(6)	(7)	(3)	(8)	(11)	(8)	(5)	(4)	(6)
Geldfälschung	30	41	5	45	34	4	34	-	168	-
	(1)	(4)	(1)	(4)	(2)	(1)	(8)	-	(1)	-
Geldwäsche	2 678	1 906	2 169	1 344	1 471	6 786	200	559	1 831	4 784
	(26)	(18)	(19)	(12)	(19)	(28)	(14)	(15)	(19)	(12)
Hehlerei	3 426	1 487	4 582	1 336	1 389	1 916	1 451	4 707	2 404	1 249
	(47)	(77)	(54)	(41)	(30)	(47)	(25)	(24)	(26)	(15)
Insolvenzdelikt	1 282	8	28	37	197	19	5 671	240	238	86
	1	(2)	(1)	(1)	(4)	(1)	(2)	(3)	(2)	(4)
Korruption	692	1 302	217	119	1 351	1 260	1 099	312	787	149
	(8)	(6)	(5)	(2)	(18)	(11)	(8)	(1)	(2)	(1)
Menschenhandel	249	205	1 681	51	6	145	19	215	32	-
	(2)	(10)	(13)	(8)	(2)	(7)	(1)	(3)	(2)	-
OWiG	22	-	-	-	-	2	-	-	-	-
	(2)	-	-	-	-	(1)	-	-	-	-
Raub	1 617	125	276	154	1 109	401	382	677	251	390
	(34)	(18)	(23)	(17)	(32)	(34)	(18)	(24)	(20)	(20)
Staatsschutzdelikt	1	25	-	-	-	-	-	-	49	-
	(1)	(1)	-	-	-	-	-	-	(1)	-
Steuerdelikt	3 935	496	1 295	1 989	689	2 233	4 184	218	1 456	7
	(35)	(5)	(6)	(16)	(10)	(12)	(27)	(6)	(6)	(1)
Tötungsdelikt	-	4	4	6	-	114	6	40	-	40
	-	(2)	(2)	(1)	(1)	(2)	(1)	(3)	-	(1)
Umweltdelikt	4	-	1 169	428	-	-	-	-	-	12 463
	(1)	-	(2)	(3)	-	-	-	-	-	(7)
Unerlaubtes Glücksspiel	1 221	1 857	3 670	195	96	8 176	360	2	84	163
	(20)	(19)	(42)	(15)	(16)	(69)	(17)	(2)	(4)	(5)
Unterschlagung	1 536	1 883	742	4 810	2 790	1 737	1 808	433	1 116	828
	(48)	(54)	(50)	(51)	(45)	(25)	(36)	(11)	(23)	(23)
Untreue	2 244	7 529	8 238	5 887	4 392	4 637	11 688	9 433	4 462	1 229
	(27)	(42)	(30)	(38)	(27)	(25)	(24)	(10)	(19)	(14)
Urkundendelikt	1 099	-	8	16	378	27	-	4	862	6
	(11)	-	(2)	(2)	(5)	(3)	-	(2)	(2)	(1)
Sittendelikte	44	19	36	30	39	32	22	-	-	13
	(57)	(25)	(60)	(45)	(56)	(52)	(36)	-	-	(23)
Waffengesetz	3	1	4	143	1	11	2	-	514	2
	(1)	(2)	(2)	(7)	(1)	(1)	(2)	-	(2)	(1)
Sonstige	2 191	3 013	1 418	921	1 170	248	740	501	388	639
	(54)	(70)	(58)	(32)	(27)	(18)	(29)	(37)	(27)	(19)
Polizeirecht	-	22	12	11	35	-	534	285	256	496
	-	(1)	(1)	(1)	(2)	-	(23)	(20)	(25)	(42)
Gesamt	45 687	44 989	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057	42 346	52 016
	(1 368)	(1 297)	(1 194)	(1 209)	(1 147)	(1 154)	(939)	(741)	(821)	(823)

- = keine Sicherungen/Verfahren * = Angleichung an BKA-Erhebungskatalog 2014 (davor keine Angabe)

Tabelle 10

Sicherungssummen nach Sicherungszweck (in Tausend €)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Verfall	10 902	10 948	14 217	7 452	8 661	15 089	7 542	6 003	7 941	18 009
Einziehung	2 472	1 643	2 442	1 927	2 277	1 063	663	807	1 376	920
Gesamt Verfall/Einziehung	13 374	12 591	16 660	9 378	10 938	16 152	8 205	6 810	9 317	18 929
Finanzamt	1 470	1 353	743	695	608	2 003	2 323	2 112	3	17
sonstige staatliche Einrichtungen	3 908	1 920	855	2 052	3 879	1 284	9 290	381	1 663	1 303
Private	26 934	29 101	24 324	35 003	28 146	27 356	29 701	27 468	31 107	31 272
Gesamt Rückgewinnungshilfe	32 313	32 374	25 921	37 750	32 633	30 642	41 314	29 961	32 774	32 592
Polizeirecht	-	22	12	39	57	287	534	285	256	496
Gesamt	45 686	44 987	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057	42 346	52 016

- = keine Sicherungen/Verfahren

Tabelle 11

Sicherungssummen nach Art der Vermögenswerte (in Tausend €)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Bargeld	6 884	4 683	4 864	9 943	4 035	8 330	6 181	5 315	5 800	5 280
Bewegliche Sachen (ohne Bargeld)	17 509	17 285	14 131	17 837	14 677	9 866	13 757	11 136	11 739	11 475
Forderungen und sonstige Vermögensrechte	12 024	14 318	11 884	11 843	11 425	10 992	10 830	10 744	18 537	11 782
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	9 269	8 701	11 715	7 543	13 491	17 893	19 284	9 863	6 272	23 480
Gesamt	45 686	44 987	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057	42 346	52 016

Tabelle 12Sonderfälle (Sicherungssummen in Tausend €)¹⁷

			Sonderfälle		Gesamt	
	Sicherungen	Verfahren	Sicherungen	Verfahren	Sicherungen	Verfahren
Aachen	620		-	-	620	
Bielefeld	393		-	-	393	
Bochum	12 543		-	-	12 543	
Bonn	1 080		-	-	1 080	
Borken	136		-	-	136	
Coesfeld	423		-	-	423	
Dortmund	1 134		-	-	1 134	
Duisburg	483		377		860	
Düren	83		-	-	83	
Düsseldorf	1 007		-	-	1 007	
Ennepe-Ruhr	-	-	-	-	-	-
Essen	6 299		-	-	6 299	
Euskirchen	54		-	-	54	
Gelsenkirchen	32		31		63	
Gütersloh	113		-	-	113	
Hagen	895		-	-	895	
Hamm	262		615		877	
Heinsberg	72		-	-	72	
Herford	103		-	-	103	
Hochsauerlandkreis	-	-	-	-	-	-
Höxter	48		-	-	48	
Kleve	238		260		498	
Köln	2 133		61		2 193	
Krefeld	7 873		-	-	7 873	
LKA NRW	9 565		30		9 595	
Lippe	39		-	-	39	
Märkischer Kreis	110		-	-	110	
Mettmann	332		3		334	
Minden-Lübbecke	22		-	-	22	
Mönchengladbach	567		-	-	567	
Münster	1 627		-	-	1 627	
Oberbergischer Kreis	-	-	-	-	-	-
Oberhausen	128		311		439	
Olpe	-	-	-	-	-	-
Paderborn	178		-	-	178	
Recklinghausen	710		-	-	710	
Rheinisch-Berg. Kreis	114		-	-	114	
Rhein-Erft Kreis	218		-	-	218	
Rhein-Kreis Neuss	36		-	-	36	
Rhein-Sieg Kreis	35		-	-	35	
Siegen-Wittgenstein	84		-	-	84	
Soest	373		-	-	373	
Steinfurt	355		-	-	355	
Unna	130		-	-	130	
Viersen	-	-	-	-	-	-
Warendorf	16		-	-	16	
Wesel	416		-	-	416	
Wuppertal	938		-	-	938	
GESAMT	52 016	1	1 688		53 704	1

17. Sonderfall: Sachverhalte, in denen Vermögensermittlungen durch die Finanzermittler der Polizei NRW durchgeführt werden, eine Vermögenssicherung jedoch durch Dritte (z.B. Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung) erfolgt.

5 Sachverhaltsschilderungen

5.1 Verdacht der Geldwäsche

Ein Kreditinstitut meldete ein Guthaben von 440 000 € auf dem Konto einer Privatperson, das nicht zum wirtschaftlichen Hintergrund des Kontoinhabers passte.

Im Rahmen der Ermittlungen und nicht zuletzt durch die Kooperation des Kontoinhabers konnte anschaulich die Wertsteigerung der sogenannten Kryptowährung „Bitcoins“ nachvollzogen werden.

Der Kontoinhaber kaufte im Jahr 2012 für 5 000 € Bitcoins zum damaligen Preis von 3 €.

Durch die Wertsteigerungen der virtuellen Währung

konnte er den 88-fachen Verkaufserlös erzielen. Eine Geldwäsche lag hier demnach nicht zu Grunde. Die hier erwirtschafteten Gewinne sind jedoch als privates Veräußerungsgeschäft gegenüber der Finanzbehörde zu erklären.

Verdachtskriterien:

- > hohes Guthaben auf Girokonto ohne nennenswerte Guthabenzinsen
- > Guthaben korrespondiert nicht mit wirtschaftlich bekanntem Hintergrund

5.2 Verdacht der Geldwäsche/Finanzagent

Ein nigerianischer Staatsangehöriger trat unter Nutzung seines erst kurz zuvor bei einer deutschen Bank eröffneten Kontos als Finanzagent auf.

Hierbei gelang es ihm in zwei Fällen einen Gesamtbetrag in Höhe von 149 000 €, die durch einen unbekanntes Täter von einem Konto in Belgien betrügerisch erlangt wurden, in bar abzuheben. Das Kreditinstitut hielt eine avisierte Transaktion in Höhe von 650 000 € an und meldete den Sachverhalt an das LKA NRW.

Ständig variierende Angaben des Beschuldigten zu Herkunft und Verwendung der Gelder als Kraftfahrzeug-Händler

konnten im Zuge der Ermittlungen nicht bestätigt werden, so dass das zuständige Gericht Untersuchungshaft anordnete.

Verdachtskriterien:

- > ungewöhnliche Auslandsgutschriften
- > Barverfügungen in erheblicher Höhe
- > kurze Zeit bestehende Kontoverbindung

5.3 Verdacht des Betruges

5.3.1 Verdacht des Betruges/Gewinnversprechen

Ein Kreditinstitut meldete ungewöhnliche Transaktionen eines langjährigen Kunden in die Türkei, die auf Betrugshandlungen mit dem Modus Operandi „Gewinnversprechen“ hindeuteten.

Die Kontaktaufnahme mit dem 75-jährigen Kontoinhaber durch Mitarbeiter des LKA NRW ergab, dass der Kontoinhaber für die angebliche Ausschüttung eines Gewinns Gebührenzahlungen geleistet hatte. Diese Tat hatte das Opfer bereits zuvor bei der Polizei angezeigt.

Nachdem er die Zahlungen eingestellt hatte, meldete sich telefonisch ein angeblicher Beamter des „BKA Meckenheim“ und eröffnete ihm, dass die Ermittlungen zur Identifizierung der Betrüger geführt hätten. Er müsse nun 3 500 € mittels eines international agierenden Finanzdienstleisters in die Türkei transferieren, damit dort die Beschuldigten verhaftet werden können.

Weiter forderte der vermeintliche Polizeibeamte am Telefon die Überweisung von 7 000 €, um weitere verdeckte Maßnahmen in der Türkei finanzieren zu können.

Verdachtskriterien:

- > ungewöhnlich Barverfügungen vom Girokonto
- > Transaktionen mittels Zahlungsdiensteanbieter in die Türkei
- > lebensältere Kontoinhaber

5.3.2 Schwindel mit Goldanlagen

Über eine Geldwäscheverdachtsmeldung konnte der Verdacht des Betruges gegen eine 34-jährige Ghanaerin begründet werden, die mit etlichen Komplizen durch Schwindel mit Goldgeschäften Geldbeträge in Millionenhöhe erbeutet hatte. Unter der Verlockung, sie könne als angebliches Mitglied einer einflussreichen ghanaischen Familie in ihrer Heimat günstig an Goldstaub oder Goldbarren kommen, suchte die Frau

Beziehungen zu älteren wohlhabenden Männern und verleitete sie, in diese vermeintlichen Goldgeschäfte zu investieren. Mit fingierten Zollgebühren, erfundenen Beschlagnahmen und angeblich fehlenden Exportpapieren hielt sie die Betrugsoffer hin. Bereits 2010 war die Beschuldigte wegen ähnlicher Betrugshandlungen zu zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden.

Verdachtskriterien:

- > ungewöhnliche, hohe Geldeingänge
- > bekannte Vorverfahren

5.3.3 Rezeptfälschung zur Vorlage bei der Beihilfestelle mit Betrugsabsicht

Die Beschuldigte war bei einer Stadtverwaltung beschäftigt und schied aufgrund einer Krankheit aus dem Dienst aus. Für diese Krankheit erhielt sie wöchentlich Rezepte für kostspielige Medikamente, die sie in der Apotheke vorstreckte und die Rechnung bei der Beihilfe zur Bezahlung einreichen musste (monatlich ca. 37 000 €). Obwohl ihr der Arzt weiterhin die Medikamente verschrieb, setzte sie die Einnahme ab und verfälschte die Rezepte so, als habe sie die verschriebenen Medikamente in der Apotheke tatsächlich erhalten und auch bezahlt. Die gefälschten Rezepte legte sie dann der Beihilfestelle zur Kostenerstattung vor.

Der Betrug fiel dem Kreditinstitut auf, da die Beschuldigte nie den über die Beihilfeleistungen hinausgehenden Anteil ihrer Krankenkasse erhielt. Dafür hätte sie das Originalrezept bei der Krankenkasse einreichen müssen, das sie aber für die Kopieeinreichung bei der Beihilfestelle verfälschen musste. Im Zeitraum von 5 Jahren entstand ein Schaden in Höhe von 2 Mio. €. Die Sachbearbeitung erwirkte dingliche Arreste in Höhe von ca. 1,75 Mio. €. Die Sicherung umfasste Werte in Höhe von 65 000,- €.

Verdachtskriterium:

- > unplausible Kontobewegungen

5.3.4 Lottotippgemeinschaft

Das PP Krefeld führte umfangreiche Ermittlungen gegen drei Hauptbeschuldigte wegen der gewerbs- und bandenmäßigen Begehung fortgesetzter Betrugsstraf-taten. Auslöser der Ermittlungen waren Betrugsanzei-gen und Geldwäscheverdachtsmeldungen. In der Zeit von Januar 2009 bis 2012 ließen die Beschuldigten über zwei eigene sowie zahlreiche fremde Callcenter durch speziell geschultes und mit Gesprächsleitfäden ausgestattetes Personal eine Vielzahl von Personen anrufen. Dabei täuschten Mitarbeiter der Callcenter den Angerufenen vor, sie würden bereits an Gewin-neintragungsdiensten oder Lottotippgemeinschaften teilnehmen und könnten nur kündigen, wenn sie noch drei weitere Monate durch Zahlung bestimmter Beträge die angebliche Teilnahme aufrecht erhielten. Mit den Anrufen sollten tatsächlich aber die Bankver-bindungen ausgeforscht werden, um unberechtigte Lastschriften durch Payment-Dienstleister einziehen zu können.

Zur massenhaften und schnellen Abwicklung von Kundenkontakten setzten die Täter eine spezielle, verfeinerte Software ein, die Callcenter-Agenten den dezentralen Abruf der zentral verfügbar gehaltenen Kundendaten ohne Zeitverzug ermöglichte. Aufgrund systematischer Rufumleitungen waren für Kunden zur weiteren Verschleierung ausschließlich Rufnum-mern Nürnberger oder Schweizer Festnetzanschlüsse sichtbar.

Die Polizei ermittelte 271 904 Geschädigte. Der im November 2014 ermittelte Gesamtschaden beläuft sich auf 66,27 Mio. €.

Neben den drei Hauptbeschuldigten waren zehn Beschuldigte als Führungskräfte in den Callcentern, als Techniker bei der Betreuung der Software oder als Verantwortliche und Strohpersonen eingebunden, wei-tere 35 Beschuldigte konnten als Callcenter-Agenten der Ausführungsebene überführt werden.

Besondere kriminelle Energie bewiesen die Beschul-digten bei der Verwertung der erzielten kriminellen Gewinne. Sie entwickelten dafür ein komplexes, inter-national verschachteltes Konstrukt von 74 Firmen, um den Abfluss der Gelder und ihre eigene persönliche

Tatbeteiligung zu verschleiern. Der Sitz dieser Firmen lag u.a. in Zypern, Griechenland, Liechtenstein, Pana-ma, Hongkong und Großbritannien.

Einen Teil der Gewinne investierte der Hauptbeschul-digte in eine griechische Luxus-Immobilie. Gegen die drei Hauptbeschuldigten ordnete das Gericht bereits im März 2014 einen Dinglichen Arrest in Höhe von jeweils 36,5 Mio. € an. Zwei der in Deutschland erwor-benen Immobilien im Verkaufswert von insgesamt 5,3 Mio. € und die Immobilie in Griechenland im Wert von 2,5 Mio. € konnten durch Dingliche Arreste gesichert werden.

Verdachtskriterien:

- > undurchsichtiges Firmengeflecht
- > Auslandsüberweisungen
- > ungewöhnliche Auslandsgutschriften

5.3.5 Abrechnungsbetrug durch Pflegedienstun-ternehmen

Zwei Kreditinstitute erstatteten Ende 2012 Verdachts-meldung gegen drei Personen deutsch-ukrainischer Herkunft. Zunächst stellte eines der meldenden Institute fest, dass auf zwei Privatkonten auffällig hohe Beträge eines Pflegedienstes eingingen. Auch dem geschäftskontoführenden Institut erschien die Ent-nahme von monatlich mehr als 27 000 € angesichts der im Pflegedienst eng kalkulierten Gewinnmargen unüblich. Insgesamt leiteten die Personen 2/3 ihrer Geschäftseinnahmen auf Privatkonten weiter.

Das PP Münster stellte im Rahmen der Ermittlun-gen fest, dass die betroffenen Personen die hohen Gewinne gegenüber dem Finanzamt mit niedrigen Lohnkosten begründeten. Dies entsprach nicht den im Bereich des Pflegedienstes gesetzlich vorgeschrie-benen Mindestlöhnen. Weitere Ermittlungen bestätig-ten den Verdacht, dass derartige Gewinne mit dem Personaleinsatz des Pflegedienstes nicht zu erwirt-schaften sind. Anschließend verdeckte Maßnahmen in einem Zeitraum von mehr als 6 Monaten führten zu dem Ergebnis, dass die Täter nicht oder nur teilwei-se erbrachte Pflegedienste in Rechnung stellten und

nichtqualifiziertes Personal einsetzen. In den meisten Fällen gehörten zu den Opfern alte und hilfsbedürftige Patienten, die das Ausmaß der erforderlichen Pflegemaßnahmen und den Abrechnungsmodus nicht überblicken konnten. Die Täter nutzten die Hilflosigkeit der meist russischsprachigen Patienten aus. Patienten, die sich weigerten unzureichende Pflegedienstleistungen zu quittieren, drohten die Täter mit der Einstellung der Pflegeleistungen. Der Schaden für 5 500 abgerechnete Einzelleistungen belief sich in einem Monat auf 20 000 €. Die Täter räumten den Tatvorwurf ein.

Auf den Konten der drei Beschuldigten Personen konnten 600 000 € gesichert werden, der Gesamtschaden beläuft sich insgesamt auf 830 000 €.

Verdachtskriterien:

- > hohes Guthaben auf Privatkonto
- > hohe branchenuntypische Geschäftseinnahmen und Entnahmen

5.3.6 Provisionsbetrug im Bereich der Versicherungswirtschaft

Ein Versicherungsunternehmen meldete im Rahmen einer Geldwäscheverdachtsmeldung den Abschluss

einer Vielzahl kapitalbildender Versicherungsverträge. Die Anzahl der angebahnten Vertragsabschlüsse stellte sich für das Versicherungsunternehmen als verdachtsbegründend dar. Die Anträge leiteten zwei Versicherungsmakler über drei Maklerpools an die Versicherungsunternehmen weiter. Bei den vermeintlichen Begünstigten/Vertragspartnern handelte es sich um tatsächlich nicht existente Personen.

Gegen die beiden beschuldigten Versicherungsmakler ist ein Ermittlungsverfahren wegen Verdacht des Provisionsbetruges eingeleitet worden.

Dieser Sachverhalt war auch Anlass für eine Expertengruppe zu prüfen, ob daraus generelle Indikatoren für eine Verdachtsgenerierung i.S.d. GwG abgeleitet werden können.

Vor dem Hintergrund des im GwG niedergelegten „Know-Your-Customer-Prinzips“ bewertete die Expertengruppe die Nutzung von Maklerpools als Zwischenebene in der derzeitigen Praxis als risikobehaftet, weil das o.a. Prinzip durch Versicherungsvermittler oder Maklerpools ausgehebelt werden kann.

Verdachtskriterium:

- > Anzahl der angebahnten Verträge

5.4 Vermögenssicherung in großem Umfang in Ordnungswidrigkeitenverfahren

In der Vergangenheit konnten Unternehmen, gegen die ein Bußgeld wegen eines Kartellrechtsverstößes angeordnet wurde, dessen Vollstreckung durch Umstrukturierungsmaßnahmen und Vermögensverschiebungen vereiteln. Um dies zu verhindern schuf der Gesetzgeber mit Änderung des § 30 OWiG die Möglichkeit, durch Anordnung eines Dinglichen Arrestes Vermögenssicherungen bereits nach Erlass eines Bußgeldbescheids auszubringen.¹⁸

In einem Verfahren wegen Kartellabsprachen in der Flüssiggasbranche verhängte das Oberlandesgericht Düsseldorf nach einem langjährigen Rechtsstreit Bußgelder wegen rechtswidriger Kartellabsprachen und

erließ auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf Dingliche Arreste in Höhe von insgesamt 223 Mio. € gegen mehrere Betroffene, da der Verdacht bestand, dass sie die Vollstreckung der Bußgelder durch Umstrukturierungsmaßnahmen vereiteln würden.

Durch die Zusammenarbeit von Generalstaatsanwaltschaft, Bundeskartellamt und Polizei konnten aufgrund der Dinglichen Arreste im Jahr 2014 durch das LKA NRW Vermögenswerte in Höhe von 208 Mio. € gesichert werden.

¹⁸. Ahtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 30.06.2013.

Herausgeber

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

Abteilung 1
Dezernat 13 Finanzermittlungen
Sachgebiet 13.4 Zentrale Informations- und Koordinierungsstelle
 Finanzermittlungen und Gewinnabschöpfung

Redaktion KHK Marc Schäfer
Telefon +49 211 939-1341
Fax +49 211 939-191341
CNPol 07-224-1341

33-SG134.LKA@polizei.nrw.de
www.lka.polizei.nrw.de

Stand April 2015

